



Hilfsmittel, nicht Lernziel: Schüler recherchieren im Biologieunterricht auf einem Tabletcomputer.

Foto Caro/Seeborg

Schüler müssen programmieren lernen

Während die Wirtschaft sich Vorwürfen ausgesetzt sieht, bei der Digitalisierung ins Hintertreffen zu geraten, tut die Schule weithin so, als spiele der Computer für ihre Welt des Lernens und der Bildung allenfalls eine dekorative Rolle. Gewiss haben fast alle Schulgebäude W-Lan und eine mehr oder weniger zumutbare Ausstattung an Hardware. Die Auswirkungen auf den Unterricht sind indes marginal. Die Verdienste IT-affiner Lehrkräfte sollen nicht geschmälert werden; aber erstens handeln sie oftmals technikverliebt und weniger inhaltsbezogen, und zweitens gibt es kaum eine Vernetzung mit der analogen Mehrheit der Lehrkräfte, die zu dem Treiben skeptisch und bisweilen auch angsterfüllt auf Distanz bleiben.

Dafür haben sie auch triftige Gründe: Schon die bisherige Computerausstattung der Schulen verschlingt wachsende Anteile an den ohnehin knappen Budgets. Allein die Lizenzen für die ständigen, zum Teil unnötigen, Windows-Upgrades haben mancher Schulbibliothek den Garaus gemacht.

Wo sich das Digitale tatsächlich durchgesetzt hat – bei den Powerpoint-Präsentationen in allen Fächern und Klassenstufen –, verbreitet es gähnende Langeweile und macht das Medium zur trübseligen Herrin des Geschehens. Das methodische/kommunikative Niveau beamergestützter Redekunst ist allzu oft unterirdisch. Die Lehrer spüren das auch, sind aber kaum zu echter Förderung imstande und geben schlechten Gewissens gute Noten. So nährt sich ein Unbehagen, das dann alle anderen Aspekte des Digitalen einschließt.

Die gängige Praxis der „Neuen Medien“ ist die Internetrecherche, das „Googeln“. Wer sucht, der findet auch schnell etwas, das er ausdrucken oder – besser – beamen kann. Das ist die Methode des Trüffelschweins, dem der Zufall Pilze oder Exkremente vor die Nase spült. Vielleicht sind es die wirklich klugen Lehrkräfte, die vor solchem Wissenserwerb zurückschrecken und weiterhin auf die Qualität der überkommenen Medien und ihrer Inhalte setzen. Schulbücher müssen vom Kultusministerium geprüft und genehmigt werden. Das Internet indessen speit unablässig inhaltlichen Sperrmüll in die Klassen, deren schiefe Menge jegliche seriöse Bewältigung verhindert. Wer eine Stunde mit 25 Schülern im Computerraum beim „Recherchieren“ im Internet erlebt, versteht, was Chaos bedeutet.

Kinder und Jugendliche sind genial im Daddeln, fegen blind mit zwei Daumen über die Tastatur und vermitteln der fassunglosen Lehrkraft magische IT-Kom-

Eine Pädagogik der Beherrschung und nicht der Unterwerfung unter die digitalen Chancen ist dringend vonnöten. Die Schule 4.0 kann kein Lernziel sein, nur Mittel zum Zweck.

Von Klaus Ruß

petenz. Das aber ist in Wahrheit die Coolness des Bedienens, kein Nachweis der fachlichen Durchdringung des Mediums und seiner inhaltlichen Angebote. Das gilt schon für die schiere Technik: Ich habe seit langem keine Jugendlichen erlebt, die sich für die Physik oder die mathematischen Grundlagen der CD interessieren. Sie sind inzwischen auf den Flash-Speicher (USB-Sticks und anderes) umgestiegen, weil er schneller und kleiner ist. Wie aber eine drei Gramm leichte Karte Fotos, Filme und Musik verarbeitet und speichert, ist auch Absolventen von IT-Kursen zumeist unklar, da völlig gleichgültig – und den Lehrern leider auch.

Das schulische IT-Angebot bietet oftmals einen wirren Mischmasch aus dem, was die jeweils verantwortliche Lehrkraft so beherrscht und für wichtig hält. Da werden Schüler mit Word und Excel trainiert (solches Bürowissen wurde früher in Real- und Handelsschulen gelehrt), andere lernen das schriftliche Rechnen mit binären Zahlen oder erhalten ausgiebige Erziehungsstunden zur Abwehr der „Gefahren aus dem Internet“.

Solche Gefahren hält auch das Urheberrecht bereit. In den Schulen kursieren Horrorgeschichten über Abmahnungskanzleien, die mit der Sanktion angeblich illegaler Downloads Kasse machen. Also beschränken sich Lehrer auf die ländereigenen Bildungsserver, den behördlich abgesicherten Milliardenstapelteil dessen, was das Internet bereithält. Der digitale Alltag der Schüler prägt deren Erwartungshaltung und Praxis beim Umgang mit den Medien auch in der Schule. Wer es schafft, mal zwischendurch ein Pornofilmchen runterzuladen und blitzschnell in die Whatsapp-Gang zu verteilen, ist „obercool“ und macht aus der 8. Klasse eine pubertär giegelnde „Lern“-Gruppe.

Manche Lehrkräfte – und nicht nur die älteren Semester – haben eine geradezu kreatürliche Angst vor den Geräten, Tastaturen, W-Lan-Strahlen, Angst, etwas ka-

putt zu machen, falsche Tasten zu drücken, sich zu blamieren, Angst vor der NSA und anderen Geheimdiensten – das alles ergibt ein Gebräu aus rationalen und irrationalen Abwehrgründen, das geradezu phobisch sein kann.

Die Liste solcher Beschwerden ließe sich mühelos verlängern. „Das alles bringt am langen Ende gar nichts, schafft nur Ablenkung, kostet Geld und bindet personelle Ressourcen“, bilanziert der Leiter einer Gesamtschule, deren Homepage das IT-Lernen prominent herausstellt und dem betreuenden Kollegen immerhin die Beförderung zum Oberstudienrat eingebracht hat.

Wer diese Hindernisse überwinden will, braucht Beharrlichkeit und eine Strategie, welche die berechtigten Bedenken und unbegründeten Ängste überwindet und die Lehrkräfte überzeugt, dass eine sinnvolle Digitalisierung das Lernen der Schüler fördert und dem Lehrer die Arbeit nicht nur erleichtert, sondern zu ganz neuen Perspektiven führt. Das könnte so gehen: Die Kultusministerien bilden zentral fachbezogene Teams, welche die vorhandenen Lehrpläne überprüfen, segmentieren und danach für einzelne Themenbereiche erarbeiten, welche digitalen Möglichkeiten sich dem Wissenserwerb bieten. Die beliebte Praxis der Politik, pädagogische Planung an die einzelnen „selbständigen“ Schulen zu delegieren, führt regelmäßig zu uneinheitlicher Unprofessionalität und hilft den Kultusministern, sich vor der Verantwortung zu drücken.

Diese Teams müssen unbedingt um externe Fachleute erweitert werden, die mit dem IT-gestützten Lehren und Lernen in der Wirtschaft Geld verdienen. Das Know-how auch der Nerds innerhalb der Lehrerschaft reicht für die kommenden Aufgaben weitgehend nicht aus. Außerdem sind externe Profis unabhängiger im Denken, weil sie nicht in die dienstliche Hierarchie eingebunden sind.

Natürlich wird das richtig kostspielig, zumal der Staat seine Lehrer für Sonderleistungen nur mit „Stundenentlastung“ abspießt. Die Politik will lernen müssen, dass Software und Fachwissen teurer sind als die Geräte, auf deren Anschaffung man gemeinhin so stolz ist. Vielleicht geht es um der Sparsamkeit willen länderübergreifend; das World Wide Web überwindet die schlimmsten Auswüchse des schulischen Föderalismus.

Der Weg zum (teil-)digitalen Unterricht kann den methodenfixierten Albernheiten, die in den letzten Jahrzehnten die Schulen drangsalieren, den verdienten Garaus machen. Die neuen Mittel der Beschaffung und Darstellung der

Inhalte stellen diese wieder ins Zentrum und definieren, was die Schüler lernen, üben und (wie zum Beispiel fremdsprachlichen Wortschatz) lebenslang behalten müssen. Die Schule 4.0 kann kein Ziel an sich sein, sondern nur ein Instrument, um Lernziele zu erreichen.

Umfang, Inhalte und Strukturierung der „Lernstoffe“ werden von den Fachteams entwickelt, getestet und sukzessive für die Schulföffentlichkeit bereitgestellt. Die Form als App vertraut sich an, weil sie den Schülern vertraut ist und von den Fachleuten im Hintergrund gepflegt werden kann. So gäbe es etwa für den Musikunterricht Noten-Apps auf verschiedenen Niveaus. Vom Erlernen und Üben des Notenlesens bis zur komplexen Harmonielehre inklusive Gehörbildung. Hier ist dann reale Binnendifferenzierung möglich und bildet sich als echte Chance auch in den Hausaufgaben ab. Alle Schulfächer lassen sich in entsprechender Manier bearbeiten.

Die Nutzung digitaler Techniken in der Schule schließt unabweisbar die Fragen nach den wissenschaftlichen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Folgen ein. Man könnte sich damit begnügen, die Geräte mit ihren Programmen bloß zu bedienen (Dem Buchleser sind ja auch die Druckverfahren oder die Finesen der Papierherstellung völlig gleichgültig). Wer aber wahrnimmt, wie zum Beispiel die „Durchdringung“ der Jugend mit Smartphones die Bedingungen des Zusammenlebens bis zum emotionalen Agieren verändert hat, kommt nicht umhin, eine Pädagogik der Beherrschung und nicht der Unterwerfung zu entwickeln. Schüler dürfen „Algorithmen“ nicht nur googeln, sie müssen selbst welche schreiben, müssen die Grundlagen des Programmierens erarbeiten. Sie brauchen eine „Netzkultur“, damit sie die Chancen und Risiken der digitalen Welt ebenso begreifen wie den ökonomischen Zweck, der die meisten Dienste hervorbringt. Und nicht zuletzt müssen sie lernen, dass die Mächtigkeit des Digitalen ethische Herausforderungen bereithält. Cybermobbing nennt sich das, wenn ein Klick das peinliche Bild eines Kindes in der Schule verteilt, wenn ein Junge via Facebook als „jüdischer Schächter“ niedergemacht wird oder ein argloser Dreizehnjähriger sein angebliches Outing als Schwuler im Netz findet. Was in dieser Sphäre an Kindeswohlgefährdung geschieht, ist selbst den meisten professionellen Kinderschützern unklar. Hier hat die Schule eine Aufgabe, die den Kern ihres Menschenbildes betrifft und über die bisherigen Fragestellungen der Didaktik weit hinausreicht.

Der Verfasser war Gymnasiallehrer und Ausbilder und betreibt eine pädagogische Beratung.

oll.

Lambert T. Koch

Universitäten als Reparaturbetriebe?

Fehlentscheidungen in der Bildungsbiographie müssen korrigierbar sein

Über 21 000 Studenten gibt es zurzeit an der Bergischen Universität Wuppertal – mit steigender Tendenz. 2008 waren es noch 13 500. Seit einiger Zeit werden die Hochschulen in Deutschland von Studienanfängern förmlich überrannt. Die Aussetzung der Wehrpflicht, doppelte Abiturjahrgänge, die Erhöhung von Abiturientenquoten und erweiterte Formen des Hochschulzugangs sorgen jedes Jahr für neue Rekorde bei den Studentenzahlen. Eine Entwicklung, die Bildungspolitiker frohlocken lässt. Doch gibt es eine gefährliche Kehrseite der Medaille. Wer sie als Verantwortlicher an einer Hochschule öffentlich thematisiert, setzt sich dem Vorwurf aus, nicht für Bildungsgerechtigkeit zu kämpfen.

Wenn immer mehr jungen Menschen unabhängig von ihren Leistungen der Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen gewährt wird, nehmen wir die Erosion zentraler Qualitätsstandards billigend in Kauf. Eine so verstandene Bildungsgerechtigkeit ist für keine Seite gerecht, nicht für die Gesellschaft, der ein falsches Bild vom Leistungsstand ihrer nachwachsenden Generation vorgegaukelt wird, und nicht für die jungen Menschen selbst, die nicht individuell genug gefordert und gefördert werden. Auch für die Hochschulen ist es nicht gerecht, die entweder stillhalten oder als Spielverderber dastehen – wegen steigender Abbruchquoten und höherer Zugangsbeschränkungen.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung hat erst jüngst auf alarmierende Fehlentwicklungen hingewiesen. Einerseits überschweben heute Heerscharen von Abiturienten mit phantastischen Abschlussnoten die Hochschulen. Andererseits verfehlen immer mehr Schulabsolventen das universitäre Einstiegsniveau bei den grundlegenden Anforderungen wie Ausdruck, Rechtschreibung, Textverständnis oder einfache Mathematik. Bund und Länder sahen sich bereits genötigt, milliardenschwere Sonderprogramme mit schönfärbischen Namen wie „Qualitätspakt Lehre“ oder „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ aufzulegen. Die Universität Wuppertal und viele andere deutsche Universitäten sind für diese Programme dankbar, helfen sie doch Angriffen auf die Qualitätsstandards entgegenzuwirken. Dennoch bleibt die Kritik, dass es sich um Schritte handelt, die nur die

Folgen, nicht aber die Ursachen der skizzierten Fehlentwicklungen bekämpfen. Einerseits wollen und sollen unsere Hochschulen in Studium und Lehre, wie auch in der Forschung, international konkurrenzfähig sein. Auf der anderen Seite wird von ihnen erwartet, in den viel zu kurzen sechs Semestern eines Bachelorstudiums – neben Praktika und Auslandsaufenthalten – auch noch das unterzubringen, was in der aktuellen Debatte mit „nachholendem Schulunterricht“ bereits einen eigenen Namen hat. Völlig unmöglich wird es, wenn die politische Seite dann auch noch fordert, die Abbruchquoten möglichst auf null zu reduzieren.

Wie lässt sich die oft nur durch die Noteninflation kaschierte Qualitätsspirale nach unten aufhalten? Klar ist, dass Lebenschancen bereits vom Zeitpunkt der Geburt zwischen den Angehörigen verschiedener sozialer Milieus auseinanderdriften. Inwiefern sich die Öffnung dieser Schere im Heranwachsen beschleunigt, hängt vom Ausmaß der Versäumnisse in der frühkindlichen und schulischen Bildung ab. Solange hier viel zu wenig investiert wird, verlagert sich die Anpassungsleistung in voller Höhe auf die Hochschulen. Die immer großzügigere Öffnung des Hochschulzugangs für junge Menschen, die (noch) nicht die eigentlich notwendigen Voraussetzungen erfüllen, potenziert die Problematik des „nachholenden Schulunterrichts“. Dabei sind auch die Schulen zumeist nur Sklaven des Systems. Die bildungspolitischen Versäumnisse setzen sich von unten nach oben fort. Hinzu kommen die bedenklichen Folgen von Schulzeitverkürzungen, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Bewertungsexperimenten und Inklusionsproblemen.

Auf der Ebene der Hochschulen folgt aus dem der fast schon verzweifelte Versuch, mit geringen Budgets die unterschiedlichen Studenten unter einen Hut zu bringen. Dabei muss man wissen, dass Bundesländer die Mittel an die Hochschulen danach zuteilen, wie viele ihrer Studierenden sie in möglichst kurzer Zeit zum Abschluss bringen. Es ist für diese Hochschulen also sogar anreizwidrig, sich möglichst lange mit „Überbrückungsmaßnahmen“ für diejenigen aufzuhalten, die aufgrund ihrer Vorgeschichte unverschuldet mehr Zuwendung benötigen, um in den akademischen Kontext hineinzufinden. Angesichts solcher Anreize muss es früher oder später dazu kommen, dass Universitäten und Fachhochschulen dem Beispiel der Schulen folgen.

Um Studienabbrüche zu vermeiden, die von der Politik durch Mittelabzug sanktioniert werden, droht auch hier eine Inflationierung und damit Entwertung von Leistungsbewertungen und Bildungs-

abschlüssen. Das gilt es zu verhindern, denn damit ist Kindern und Jugendlichen langfristig nicht geholfen. Farbe bekennen hieße, elementaren Grundsätzen einer Diversity- und Inklusionslogik zu folgen und die Budgets der Einrichtungen endlich so zu erhöhen, dass die Lerngruppen gemäß internationaler Standards deutlich verkleinert und die Betreuungsdichte verbessert werden könnte.

Vor allem ließe sich dann die dringend benötigte individuellere Entwicklungsbegleitung realisieren. Eine Unterstützung, die auch davor bewahrt, ein böses Erwachen der jungen Leute infolge fehlgeleiteter Selbsteinschätzung bis zum Berufsstart hinauszuzögern – mit allen psychosozialen Folgen. Zu denken ist dabei auch an diejenigen, die von einem wohlmeinenden Umfeld in Ausbildungsgänge gedrängt wurden, die ihnen schlichtweg nicht liegen. Ehrlichkeit hieße hier, auch eine Kultur des Scheiterns zu ermöglichen. Dazu gehörte, den Betroffenen frühzeitig reinen Wein einzuschenken, ihnen zugleich aber konstruktive Alternativen aufzuzeigen und ein Umsatteln dertat zu ermöglichen, dass das nicht nur für die Arbeitswelt so nötige Selbstbewusstsein gestärkt und nicht zerstört wird.

Außerdem sind jene zu berücksichtigen, die als besonders Begabte im derzeitigen System untergehen. Unterfordert und gelangweilt, gehören sie nicht selten zu den individuellen Verlierern. Hinzu kommt der gesellschaftliche Schaden, da ihre Potentiale nicht voll zur Entfaltung gelangen. Auch diesen jungen Menschen wird ein inklusives Lehren und Lernen dann nicht schaden, wenn die Rahmenbedingungen im obigen Sinne gezielt verbessert werden. Jeder, der sich bereits näher mit Fragen von Kreativitätsförderung befasst hat, weiß, wie gefährlich die an vielen Orten übliche Massenabfertigung an Schulen und Hochschulen sein kann.

Insgesamt gilt, Hochschulen dürfen nicht zu Reparaturbetrieben einer Bildungspolitik verkommen, die verkennt, was entscheidend die Ermöglichung nachhaltiger angelegter Bildungsbiographien ist. Leider wird – durchaus partei- und länderübergreifend – noch lange nicht ausreichend berücksichtigt, dass Sensibilisierung und Motivation für eine persönlich erfüllende Bildungskarriere schon im Vorschulalter beginnen und in der Grundschule zunehmend intensiviert werden

müssen. Hier können übrigens auch regionale Kooperationen mit privaten Initiativen, wie beispielsweise der Wuppertaler Junior Uni als erster ganzjähriger Einrichtung dieser Art, durchaus unterstützend wirken. Auch Bildungspatenschaften und Netzwerkaktivitäten, wie im Rahmen der nordrhein-westfälischen Initiative „Kein

Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA), weisen in die richtige Richtung. Wenn insbesondere an den Übergängen zwischen den Bildungsphasen von Beginn an mehr investiert wird, verteilt sich die Anpassungsleistung bis zur Hochschulschwelle. Ergänzend könnte dann auch an dieser Schwelle über eine weitere Flexibilisierung nachgedacht werden. Dazu sollte die Verlängerung des Bachelors um ein „nulltes“ beziehungsweise siebtes Semester zur Etablierung einer initialen Orientierungsphase und eines Studiums generelle gehören. Eine Option, über die an der Universität Wuppertal intensiv nachgedacht wurde, die aber infolge der sehr bürokratischen Umsetzung der Bologna-Beschlüsse derzeit technisch und finanziell nicht realisierbar ist. Denkbar wäre weiterhin ein, in Wuppertal stattdessen geplantes, College-Modell zur Überbrückung der Zeit zwischen Schule und Studium, das den Studienstart erleichtern soll. Und schließlich könnten „Y-Modelle“ eine Lösung sein, in denen anfänglich Ausbildungs- und Studiengänge parallel laufen, um so noch zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt eine dann fundiertere Entscheidung der Kandidaten in die eine oder andere Richtung zu ermöglichen.

Im Sinne dieser Überlegungen hat Bildungsgerechtigkeit ganz zentral mit nachhaltiger Bildungspolitik, Leistungsgerechtigkeit und Bildungsmündigkeit zu tun. Wer sich als junger Mensch ständig überfordert fühlt, weil er den Erwartungen seiner Umwelt nicht gerecht werden kann, wird für sein Leben demotiviert – mit der Gefahr eines dauerhaften Versagens auch auf dem Arbeitsmarkt. Die zu Recht geforderte hohe Bildungsdurchlässigkeit muss insofern unabdingbar mit hoher individueller Zuwendung einhergehen. Und es muss bei einer als falsch erkannten Entscheidung einen Weg zurück geben, den man erhobenen Hauptes beschreiten kann, um an anderer Stelle erfolgreich zu werden. Dann ist am Ende allen geholfen, dem notleidenden Berufsausbildungssystem, dem in harter internationaler Konkurrenz stehenden Hochschulen und vor allem den uns Anvertrauten in der nachwachsenden Generation.

Der Autor ist seit acht Jahren Rektor der Universität Wuppertal und Mitglied im Sprecherkreis der nordrhein-westfälischen Rektorenkonferenz. Vom Deutschen Hochschulverband wurde er zweimal als „Rektor des Jahres“ geehrt.



Überfüllter Hörsaal

Foto dpa

Bildungsnotizen

Studie über erschöpfte Lehrer

Grundschulkindern, die von emotional erschöpften Lehrern unterrichtet werden, zeigen schlechtere Leistungen in Mathematik. Das berichten Psychologen in einer vor kurzem im „Journal of Educational Psychology“ veröffentlichten Studie. Das Forscherteam wertete Mathematiktests von über 22 000 Schülern aus und befragte deren Lehrer zu ihrer psychischen Belastung. 1100 Mathelehrer machten Angaben zum Ausmaß ihrer emotionalen Erschöpfung, zu ihrer Berufserfahrung, ihrer fachlichen Qualifikation und zu ihrem Geschlecht. Die Schüler bearbeiteten standardisierte Tests. Zusätzlich beantworteten sie Fragen zu Beruf, Bildungsstand und Einkommen und gaben an, welche Sprache zu Hause mit ihnen gesprochen wird. Der

Zusammenhang von sehr belasteten Lehrern und schlechten Matheleistungen zeigte sich vor allem in Klassen mit einem hohen Anteil an Kindern, die zu Hause nicht Deutsch sprechen. Die Ursache dafür sehen die Forscher darin, dass emotional erschöpfte Lehrer nicht mehr genügend Kräfte freisetzen können, um in Klassen mit sehr unterschiedlichen Schülern angemessen auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Kritik an Online-Befragung

In einer großen Online-Befragung „Mehr Zeit für gute Schule“ will das Kultusministerium in Niedersachsen die Belastungssituation seiner 90 000 Lehrer untersuchen. Die Befragung begann am 1. Juni und lief drei Wochen lang, erste Ergebnisse sollen nach den Sommerferien veröf-

fentlicht werden. Mit der Befragung hat das Ministerium das „Zentrum für Angewandte Gesundheitswissenschaften“ (ZAG) der Leuphana Universität in Lüneburg beauftragt. Die Befragung ist in die folgenden Bereiche unterteilt: 1. Unterricht, 2. Inklusive Bildung, 3. Sprachförderung und interkulturelle Bildung, 4. Ganztagsunterricht, 5. Zusammenarbeit, 6. Schule leiten und verwalten. Die Niedersächsische Direktorenvereinigung, die der Befragung insgesamt kritisch gegenübersteht, weil Ressourcen für eine Entlastung gar nicht zur Verfügung stehen, kritisierte, dass hier Prioritäten als gesetzt vorgegeben seien, die zum großen Teil selbst ursächlich für die beklagten Überbelastungen und die nicht enden wollende Arbeitszeits Diskussion seien. „Hier soll ein System stabilisiert werden, statt es in Frage zu stellen“, heißt es in ei-

ner Stellungnahme der Direktoren. Vor allem die Befragungen zu arbeitsbedingten Belastungen grenzen trotz ihrer Anonymität an Gewissensinquisition. Da heißt es etwa autosuggestiv: „Ich bin mir sicher, dass ich mich in Zukunft auf individuelle Probleme der Schülerinnen und Schüler noch besser einstellen kann“. – „Selbst wenn mein Unterricht gestört wird, bin ich mir sicher, die notwendige Gelassenheit zu bewahren.“ Beim Punkt „gedankliche Distanzierung“ sind folgende Antworten vorgegeben: „Ich bin schnell verärgert“, „Ich fühle mich ab und zu wie jemand, den man als Nervenbündel bezeichnet“, „Wenn andere mich ansprechen, kommt es vor, dass ich mürrisch reagiere“ und „Ich reagiere gereizt, auch wenn ich es gar nicht will“. Welcher Lehrer wird hier ehrlich antworten wollen und können?